

Beitrag zum Essaypreis „Wirtschaft und Demokratie“ 2026

Zentrum Liberale Moderne · WirtschaftsWoche

Rising Minds Essaypreis „Wirtschaft und Demokratie“

Wer entscheidet über die Zukunft:

Warum Schuldenregeln eine Frage der Demokratie sind?

eingereicht von:

Noé SAGUIN

B.A. Angewandte Politikwissenschaft

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg - Sciences Po Aix (Doppelabschluss) | Universität Basel (Law Eucor)

kontakt@noe-saguin.eu | noe.saguin@email.uni-freiburg.de | noe.saguin@stud.unibas.ch

Freiburg, 31. August 2026

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die ordoliberal Grundidee	2
3	Das demokratische Problem	3
4	Drei Modelle und ein Gegenbeispiel	4
5	Ein möglicher Kompromiss	5
6	Schluss	6

Zeichenzahl inkl. Leerzeichen (exkl. Fußnoten und Titel): **11960**

1. Einleitung

Die Debatte über Staatsschulden wird in Deutschland meist als Streit über ökonomische Zweckmäßigkeit geführt. Doch öffentliche Verschuldung ist immer auch eine Frage demokratischer Herrschaft. Sie beeinträchtigt die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen, bevor diese selbst mitentscheiden können, und wird ohne glaubwürdige Regeln in einem präzisen Sinn antidemokratisch. Sie erlaubt der Gegenwart, Ressourcen zu verausgaben, deren Kosten erst die Zukunft trägt.

Für Deutschland ist diese Frage im Jahr 2026 von besonderer Dringlichkeit. Auch der Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl in Frankreich im April 2027 zeigt, wie zentral sie geworden ist. Die Meinungen darüber, wer welche Belastungen tragen soll, gehen weit auseinander. Die neue Verschuldung, die Nutzung von Sondervermögen und die europäische Überwachung der deutschen Fiskalpolitik zeigen, dass es dabei um mehr als eine theoretische Debatte geht, nämlich um eine politische Grundfrage.

Soll demokratische Selbstregierung bedeuten, dass zukünftige Mehrheiten fiskalisch so stark gebunden werden, dass ihre Wahlmöglichkeiten eingeschränkt werden?

Der ordoliberalen Denkstil bietet dafür einen anspruchsvollen Ansatz, denn Freiheit bedeutet für die Ordoliberalen Ordnung freier Entscheidungen unter allgemeinen und verlässlichen Regeln, die für alle gelten. Eine Schuldenregel wird somit zum Instrument demokratischer Selbstbindung und soll verhindern, dass kurzfristige politische Anreize auf Kosten späterer Generationen wirken.

Die These dieses Essays lautet, dass hohe und regelarm eingegangene Staatsschulden aus demokratischer Sicht problematisch sind, da sie Verantwortlichkeiten verwischen, Belastungen verschieben und künftige Wahlentscheidungen entwerten. Gute Schuldenregeln schützen die Demokratie vor fiskalischer Selbstüberforderung, und das gilt besonders in Europa, wo nationale Verschuldung stets Auswirkungen auf die gemeinsame Währung und somit auf andere Demokratien hat.

2. Die ordolibérale Grundidee

Der Ordoliberalismus entstand aus einer doppelten Erfahrung: Ohne tragfähige Regeln bleiben Märkte so wenig frei wie Demokratien ohne institutionelle Selbstbegrenzung stabil bleiben. Die Freiburger Schule betrachtete die wirtschaftliche Ordnung deshalb als Verfassungsfrage. Ihrer Ansicht nach sollten verlässliche Regelordnungen Macht begrenzen, Wettbewerb sichern und Verantwortlichkeit zuordnen, anstatt spontane politische Interventionen zuzulassen.

Daraus folgt eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einer diskretionären Fiskalpolitik. Können Regierungen jederzeit neue Schulden aufnehmen, entstehen Anreize, politische Konflikte durch Verlagerung in die Zukunft zu lösen, statt Prioritäten zu setzen. Haushaltsdefizite werden zum bequemen Mittel, gegenwärtige Ansprüche zu bedienen, ohne den heutigen Wählerinnen und Wählern die vollen Kosten offenzulegen.

Dieser Punkt ist demokratietheoretisch zentral, denn Demokratie lebt von Mehrheitsentscheidungen ebenso wie von Verantwortungszusammenhängen. Wer politische Vorteile heute verteilt, soll die damit verbundenen Kosten nicht unsichtbar in die Zukunft schieben können. Ordolibérale Regeln sind daher nicht demokratieskeptisch, denn sie rahmen politische Herrschaft so ein, dass sie freiheitlich und zurechenbar bleibt.

Der Ordoliberalismus ist keine einfache Sparideologie, schließlich forderte Eucken weder schrankenlose Austerität noch eine Konsolidierung um jeden Preis. Entscheidend ist vielmehr das Haftungsprinzip: Entscheidungen haben Folgen, und bei dauerhafter Staatsverschuldung fehlt genau das, weil die Gegenwart ihre Rechnungen mit den Mitteln der Zukunft bezahlt.

3. Das demokratische Problem

Schulden können aus ökonomischer Sicht vernünftig sein, beispielsweise in Zeiten schwerer Krisen, Kriege oder Naturkatastrophen, in denen eine Nullverschuldung unvernünftig wäre. Auch Investitionen in Innovation, Bildung oder Infrastruktur können Schulden rechtfertigen, sofern sie zu künftigem Wachstum und Steuereinnahmen verhelfen. Problematisch werden Schulden jedoch, wenn sie zur Normaltechnik politischer Konfliktvermeidung werden, statt Ausnahmen oder Zukunftsinvestitionen zu bleiben.

Dabei verändert Verschuldung den politischen Zeithorizont. Heute beschlossene Kredite, Zinsen und Tilgungspflichten engen die Prioritäten künftiger Haushalte ein und stellen eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Sie stellen eine Vorentscheidung über die künftige Politik dar, die spätere Wählerinnen und Wähler nicht mehr vollständig rückgängig machen können. Wer Schulden aufnimmt, entscheidet somit auch im Namen von Menschen, die noch nicht abstimmen dürfen.

Hinzu kommt ein Transparenzproblem, denn durch Defizitfinanzierung können Regierungen Ausgaben erhöhen, ohne die Gegenfinanzierung über Steuern oder Kürzungen sofort sichtbar zu machen. Theorien des *Deficit Bias* beschreiben genau diese strukturellen Anreize demokratischer Politik, Belastungen aufzuschieben und kurzfristige Vorteile zu belohnen. Diese Logik ist antidemokratisch, weil andere Mehrheiten die Kosten tragen als jene, die entscheiden.

Der deutsche Streit über die Schuldenbremse veranschaulicht das Problem. Kritiker verweisen auf negative Nettoinvestitionen, eine überalterte Infrastruktur und einen investiven Rückstand. Verteidiger halten entgegen, dass politische Prioritätensetzung, hohe konsumtive Ausgaben, Regulierung und Planungsengpässe den Investitionsmangel erklären und nicht die Schuldenbremse selbst. Beide Diagnosen können zutreffen, denn die demokratische Kernfrage ist nicht, ob Schulden *schlecht* sind, sondern ob ihre Aufnahme institutionell so gebunden wird, dass Verantwortlichkeit, Transparenz und Generationengerechtigkeit erhalten bleiben.

Der Ökonom Marcel Fratzscher formuliert den Gegenpunkt scharf: Eine generationengerechte Schuldenregel müsse auch implizite Verpflichtungen berücksichtigen und Zukunftsinvestitionen schützen. Dieser Einwand ist berechtigt, denn eine Politik, die Substanzverzehr, Soziallasten und Klimakosten an die Zukunft weiterreicht, birgt demokratische Gefahren. Vor allem eine Verschuldungspraxis, die der Gegenwart Vorteile verschafft und die Zukunft zur stillen Zahlerin macht, ist antidemokratisch.

4. Drei Modelle und ein Gegenbeispiel

Die deutsche Schuldenbremse ist ordnungspolitisch attraktiv, denn sie ist verfassungsrechtlich stark verankert und begrenzt den strukturellen Finanzierungssaldo des Bundes eindeutig. Ihr Vorteil liegt in der Glaubwürdigkeit: Gerade in guten Jahren zwingt sie zu Prioritäten und zum Aufbau von Krisenpuffern. Ihre Schwäche zeigt sich, wenn die Politik ihre Bindungswirkung über Sondervermögen und Ausnahmekonstruktionen umgeht. Dann liegt das Problem jedoch nicht in der Regel selbst, sondern in ihrer politischen Umgehung.

Die Schweiz zeigt, dass Schuldenregeln politisch robuster gestaltet werden können. Die eidgenössische Schuldenbremse ist transparent, einfach und in der Verfassung verankert. Im Jahr 2001 stimmten 85 Prozent der Wählerinnen und Wähler zu. Damit besitzt sie eine demokratische Legitimation, die über reine Expertenvernunft hinausgeht. Zudem verändert sie den Haushaltsprozess selbst. So wird aus einem konfliktanfälligen *Bottom-up-Verfahren* ein *Top-down-Prozess* mit klarer Ausgabenobergrenze.

Auch in Bezug auf seine Wirkung ist das Schweizer Modell lehrreich. Studien zeigen, dass die Regel den *Defizitbias* und die *Prozyklizität* reduziert, in Abschwüngen Handlungsspielräume erhält und Überschüsse in guten Jahren wahrscheinlicher macht. Gerade darin liegt ihr demokratischer Wert, denn sie verhindert, dass die Gegenwart in Expansionsphasen jene Reserven verzehrt, die eine spätere Krise abfedern könnten.

Frankreich zeigt das Gegenmodell und zugleich, wie schnell die Grenze zwischen *guter* und *schlechter* Schuld schwimmt. Während Schulden für Innovation, Forschung oder Infrastruktur künftige Erträge ermöglichen, ist dies bei Schulden für laufende Konsumausgaben nicht der Fall. Ohne eine verfassungsrechtlich verankerte Regel bleibt diese Unterscheidung dem politischen Tagesgeschäft ausgeliefert. Frankreichs Schuldenquote wächst seit Jahrzehnten überwiegend konsumtiv. Jacques Delpla schlägt deshalb eine französische Schuldenregel nach Schweizer und deutschem Vorbild vor. Sie soll verfassungsrechtlich verankert sein und eine unabhängige Kontrolle umfassen. Andere Ökonomen kommen zu einem ähnlichen Schluss: Fiskalregeln wirken nur, wenn sie glaubwürdig durchgesetzt werden und nicht bei jedem Regierungswechsel neu verhandelbar sind. Somit bestätigt der französische Fall die deutsche und Schweizer Erfahrung.

Der neue europäische Fiskalrahmen, der 2024 in Kraft tritt, setzt auf mittelfristige finanzstrukturelle Pläne, länderspezifische Anpassungspfade und die Verknüpfung von Schuldenabbau und Reformen. Das erhöht die Flexibilität und kann ökonomisch sinnvoll sein. Doch demokratisch bleibt der Rahmen ambivalent: Je stärker Regeln auf Verhandlungen und exekutive Spielräume verlagert werden, desto größer wird die Distanz zwischen fiskalischer Steuerung und öffentlicher Zurechenbarkeit. Eine Währungsunion braucht gemeinsame Überwachung, und gerade deshalb bleibt eine solide nationale Selbstbindung für Deutschland wie für Frankreich unverzichtbar.

5. Ein möglicher Kompromiss

Der Vergleich der drei Modelle mahnt zur Differenzierung statt zur Dogmatik. Eine gute Schuldenregel diszipliniert politische Zeitpräferenzen, ohne Zukunftsinvestitionen zu strangulieren. Der richtige Kompromiss liegt weder in der Abschaffung der Schuldenbremse noch in ihrer symbolischen Verteidigung, sondern in einer präziseren Unterscheidung zwischen konsumtiven Ausgaben, echten Investitionen und außerordentlichen Krisenlagen.

Erstens muss die Umgehung durch Sondervermögen deutlich erschwert werden, denn wer demokratische Selbstbindung ernst nimmt, darf fiskalische Lasten nicht in Nebenhaushalte auslagern, die die politische Verantwortlichkeit verdunkeln.

Zweitens spricht vieles für eine eng definierte investive Komponente innerhalb strenger Regeln, gebunden an überprüfbare Nettoinvestitionen.

Drittens darf die demokratische Qualität der Fiskalordnung nicht allein an der Höhe expliziter Schulden gemessen werden, denn auch implizite Verpflichtungen aus Demografie, Sozialstaat, Verteidigung und Klimawandel müssen berücksichtigt werden. Eine Politik, die heute formale Schulden begrenzt und zugleich wachsende verdeckte Lasten aufbaut, ist nicht generationengerecht. Zusätzliche Kredite ersetzen außerdem weder Priorisierung noch Verwaltungsreform.

Viertens braucht die Währungsunion nationale Fiskalregeln, die *moral hazard* verhindern, wenn die Union zugleich mehr gemeinsame Verantwortung übernimmt. Mario Draghi und Enrico Letta fordern genau das: eine engere Kapitalmarktunion, einen vollendeten Binnenmarkt und gemeinsame Investitionsprojekte, teils finanziert über gemeinsame europäische Schulden. Dies steht in keiner Weise im Widerspruch zur nationalen Selbstbindung, sondern ist vielmehr eine ihrer Voraussetzungen. Denn wer gemeinsame Schulden für gemeinsame Güter aufnehmen will, muss zugleich verhindern, dass sich einzelne Staaten auf Kosten der anderen verschulden. Wer die Zukunft gestalten will, muss deshalb sagen, in was investiert wird, wer die Kosten trägt und welche Belastungen den anderen zugemutet werden dürfen.

6. Schluss

Schulden sind Herrschaft über die Zeit. Wer heute großzügig verspricht, lässt morgen zahlen, von Menschen, die noch nicht wählen durften, und genau das, nicht die Höhe einer Zahl, ist die eigentliche demokratische Frage.

Die Schuldenbremse ist deshalb kein Misstrauensvotum gegen die Politik, sondern ihr Versprechen an sich selbst, den Verlockungen des Augenblicks zu widerstehen. Die Schweiz zeigt, dass sich ein Volk selbst binden kann; Frankreich, was ihm fehlt, wenn es das nicht tut; Europa, dass über das Schicksal einer gemeinsamen Währung nie eine Nation allein entscheidet.

Wer Demokratie liebt, verpfändet ihre Zukunft nicht für den Frieden von heute. Eine freiheitliche Ordnung braucht eine wirksame Schuldenregel. Sie drückt kein Misstrauen gegenüber der Demokratie aus. Sie ist ein Zeichen der Achtung vor denen, die nach uns kommen und uns nicht wählen konnten.

Literaturverzeichnis

- Beljean, Thomas, und Alain Geier. 2013. „The Swiss Debt Brake - Has It Been a Success?“ *Swiss Journal of Economics and Statistics* 149 (2): 115–35. <https://link.springer.com/article/10.1007/BF03399384>.
- Biebricher, Thomas. 2016. „The Ordoliberal Legacy“. *Near Futures Online*. <https://nearfuturesonline.org/return-or-revival-the-ordoliberal-legacy/>.
- Bodmer, Frank. 2006. „The Swiss Debt Brake: How It Works and What Can Go Wrong“. *Swiss Journal of Economics and Statistics* 142 (3): 307–30. <https://www.sses.swiss/journal/archive/pdf/2006-III-1.pdf>.
- Bundesministerium der Finanzen. 2026. *German Progress Report 2026*. Bundesministerium der Finanzen. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Standardartikel/Press_Room/Publications/Brochures/german-progress-report-2026.html.
- Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. 2024. *Literaturtipps: Schuldenbremse*. Bibliothek des Deutschen Bundestages. https://www.bundestag.de/resource/blob/963992/litipp_Schuldenbremse.pdf.
- Delpla, Jacques. 2024. *Réduire la dette grâce à la Constitution: créer une règle budgétaire en France*. Fondapol. <https://www.fondapol.org/etude/jacques-delpla-reduire-la-dette-grace-a-la-constitution-cree-une-regle-budgetaire-en-france/>.
- Dold, Malte. 2024. *Market Democracy, Rising Populism, and Contemporary Ordoliberalism*. No. 10888. CE-Sifo Working Paper. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp10888.pdf.
- Draghi, Mario. 2024. *The Future of European Competitiveness: A Competitiveness Strategy for Europe*. European Commission. https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report_en.
- European Commission. 2026. *Report Prepared in Accordance with Article 126(3) TFEU - Germany*. COM(2026) 30. https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/a17a5222-467d-416a-8ee7-42da2c663b01_en?filename=EDP_Art126-3_COM_2026_302_1_EN_ACT_part1_v3.pdf.
- European Parliament. 2024. *The New EU Fiscal Governance Framework*. European Parliament, Economic Governance Support Unit. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2024/760231/IPOL_IDA\(2024\)760231_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2024/760231/IPOL_IDA(2024)760231_EN.pdf).
- Feld, Lars P. 2018. *The Quest for Fiscal Rules*. 18/09. Walter Eucken Institut, Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics. <https://www.eucken.de>.
- Feld, Lars P. 2020. *Öffentliche Investitionen: Die Schuldenbremse ist nicht das Problem*. 01/2020. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Arbeitspapier. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_01_2020.pdf.
- Feld, Lars P. 2026a. „Deutschland muss die Kosten für Unternehmen senken“. Interview, Institut für Wirtschaftspolitik (IWP). <https://www.iwp.swiss/deutschland-muss-die-kosten-fuer-unternehmen-senken-sagt-lars-p-feld/>.
- Feld, Lars P. 2026b. *Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats zur Modernisierung der Schulden-*

- regel. Wirtschaftsrat Deutschland. https://wirtschaftsrat.de/de/documents/3391/2026-02-17_WR_Lars_Feld_WissBeirat_Schuldenbremse_final.pdf.
- Feld, Lars P., und Ekkehard A. Köhler. 2023. „Standing on the Shoulders of Giants or Science? Lessons from Ordoliberalism“. *Public Choice* 195 (3): 197–211. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp10382.pdf.
- Feld, Lars P., Ekkehard A. Köhler, und Daniel Nientiedt. 2015. *Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe*. No. 5368. CESifo Working Paper. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp5368.pdf.
- Feld, Lars P., Ekkehard A. Köhler, und Daniel Nientiedt. 2021. *Ordoliberalism and the Social Market Economy*. 21/5. Walter Eucken Institut, Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/232067/1/1752369181.pdf>.
- Feld, Lars P., und Wolf Heinrich Reuter. 2021. *The German Debt Brake: Success Factors and Challenges*. 21/10. Walter Eucken Institut, Discussion Paper. https://www.eucken.de/app/uploads/Discussionpaper_2110.pdf.
- Fratzscher, Marcel. 2025. *Generationengerechte Schuldenregel: Reform der Schuldenbremse*. No. 103. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Aktuell. https://www.diw.de/de/diw_01.c.935265.de/publikationen/diw_aktuell/2025_0103/generationengerechte_schuldenregel__reform_der_schuldenbrems___mit_pflucht_der_daseinsvorsorge_fuer_kuenftige_generationen.html.
- Geier, Alexander. 2015. *The Debt Brake: The Swiss Fiscal Rule at the Federal Level*. Working Paper 15. Federal Finance Administration (FFA), Economic Analysis; Policy Advice Division. <https://www.efv.admin.ch/dam/en/sd-web/50Wtm-0X3sKd/working-paper-15-e.pdf>.
- Gootjes, Bram, Jakob de Haan, und Richard Jong-A-Pin. 2019. *Do Fiscal Rules Constrain Political Budget Cycles?* No. 634. De Nederlandsche Bank, DNB Working Paper. https://www.dnb.nl/media/yugpv04r/working-paper-no-634_tcm47-383886.pdf.
- Langer, Maximilian, Joshua Hassib, Lars P. Feld, und Daniel Nientiedt. 2025. *Evaluating the Effects of the German Debt Brake: A Synthetic Control Approach*. Unveröffentlichtes Manuskript, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Walter Eucken Institut. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp11933.pdf.
- Letta, Enrico. 2024. „Much More Than a Market: Speed, Security, Solidarity“. *Council of the European Union, High-Level Report on the Future of the Single Market* (Brüssel), April. <https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>.
- Mathieu, Henri, Catherine und Sterdyniak. 2014. *Faut-il des règles de politique budgétaire?* Sciences Po, HAL. <https://sciencespo.hal.science/hal-01070288v1/document>.
- Schmidt, Vivien A. 2015. „The Eurozone’s Crisis of Democratic Legitimacy: Can the EU Rebuild Public Trust and Support for European Economic Integration?“ *European Commission Discussion Paper* (Brüssel), Nr. 015. https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/95e529ef-923d-4d14-b225-09e6dbe9be57_en.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. 2025. *Zur Notwendigkeit einer wirksamen Schuldenbremse*. 02/2025. Bundesministerium der Finanzen, Stellungnahme. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/2025-02-schuldenbremse.pdf>.